



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Frankreich vor den Wahlen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

russischen Revolution noch werden wird, ob sie nicht gar zu einer Auflösung des Riesenreichs, zu einer faktischen Ablösung wenigstens seiner Grenzlande führen und wie eine solche auf unsre eignen Verhältnisse einwirken würde. Nur das Barentum bietet dort noch einen festen Halt, und nur eine eiserne Faust, die zugleich der wüsten Anarchie ein Ende macht und die versprochenen Reformen ehrlich durchführt, kann das Argste und damit den alles erschütternden Zusammenbruch einer Großmacht, der ganz Europa und Asien in Mitleidenschaft ziehen würde, verhindern. Und da sollte sich Westeuropa selbst zerfleischen?

*



Frankreich vor den Wahlen



Am Anfang Januar finden Neuwahlen für hundert verfassungsmäßig auscheidende Senatoren statt, und die französische Erste Kammer wird dadurch in ihrem dritten Teil umgestaltet. Gleich darauf tritt die Nationalversammlung zusammen, um der Republik einen neuen Präsidenten zu geben. Im Mai folgen die allgemeinen Wahlen für das Haus der Abgeordneten. Eine solche Neuschaffung der gesetzgebenden Gewalten und der Leitung der Exekutive innerhalb weniger Monate ist gewiß als ein Ereignis von größter Bedeutung für das staatliche Leben zu betrachten, und rein äußerlich genommen haben die Leitartikelschreiber wohl recht, wenn sie von der bevorstehenden Wiedergeburt des politischen Frankreichs, von der nahenden „Weltwende“ sprechen. Die Wahlbewegung, die jetzt beginnt und nun ziemlich ununterbrochen vierundeinhalb Monate dauern wird, rüttelt und schüttelt sicher die Bestandteile der Nation auf, die sich gewerbs- oder gewohnheitsmäßig oder auch aus staatsbürgerlichem Pflichtbewußtsein oder schließlich aus Liebhaberei mit der Politik beschäftigen. Daß aber die ganze Haupt- und Staatsaktion ein neues, das heißt besseres und gesünderes Frankreich schaffen wird, vermag nur ein unverbesserlicher Optimist oder jemand anzunehmen, der die französischen Verhältnisse nicht kennt, oder der sich selbst und andern etwas vormachen will. Eben so sicher wie uns die Parteiblätter nach dem Ausgang der Wahlen je nach ihrer Farbe die Morgenröte der wahren Republik oder die schwarze Nacht unrettbaren Verfalls verkünden werden, eben so sicher glauben wir selbst als unbefangne Beobachter, daß alle diese Prophezeiungen Blague sind und bleiben werden, und daß wir im Mai einen Senat und eine Deputiertenkammer vor uns sehen werden, die sich weder zu ihrem Vorteil noch zu ihrem Nachteil sonderlich von der gegenwärtigen Volksvertretung unterscheiden. Wie sollte es auch anders sein? Dieselben Kräfte arbeiten morgen in der französischen Staatsmaschinerie, die heute darin arbeiten, und die vor vier Jahren darin gearbeitet haben. Ein oder zwei Duzend Sozialisten mehr, ein oder zwei Duzend Radikale weniger, eine Stärkung oder eine Schwächung der Mitte oder der Rechten, das sind Fragen, die für den praktischen Staatsmann, der mit dem Parlament und

im Parlament Geschäfte machen will, großes Interesse haben. Für die politische Entwicklung des Volkes sind sie aber von geringer Bedeutung. Diese vollzieht sich nach ganz andern Gesetzen als nach den Zufälligkeiten von Stimmenmehrheiten. Ein Zeitraum von drei oder vier Jahren genügt nicht, einer Nation eine neue politische Seele zu geben, kaum, daß sich in dieser Frist die Gesichtszüge des Parlaments wesentlich verändern können. Bei jungen, erwachenden Völkern, die ihre eignen Kräfte noch nicht kennen und sie noch nicht abzumessen verstehen, sind jähe Sprünge zu erwarten, bei einer so alten Kulturraße wie der französischen wären sie nur durch äußere Katastrophen zu erklären. Eine neue Gedankenwelt aber, die das ganze staatliche Leben von innen heraus umgestaltet, siegt viel schwerer in reifen als in unreifen Köpfen. Was für eine Revolution in einem Menschendasein vom sechzehnten zum zwanzigsten Lebensjahre! Der Siebzigjährige aber unterscheidet sich in manchen Dingen nicht vom Fünfundsiebzigjährigen, nicht in seinem Charakter und häufig nicht einmal in manchen Zügen seines Äußern.

Wenn man sich das französische Volk betrachtet, könnte man fast auf den Gedanken kommen, daß auf einer gewissen Stufe der Zivilisation die politischen Leidenschaften stumpf und die politischen Fähigkeiten lahm werden. Die altberühmte gallische Abenteuerlust läßt sich heute an kühnen Kolonialfahrten genügen, in Europa selbst möchten die fleißigen und genussfrohen Massen des französischen Volkes den Frieden erhalten sehen. Sie träumen von Revanche, aber sie hoffen, daß irgendein freundliches Wunder sie ihnen schaffen wird. In der innern Politik zeigt sich dieser Quietismus in einer wachsenden Abneigung, sich mehr, als unbedingt notwendig ist, mit den Dingen des Verfassungslebens zu beschäftigen. Die Monarchisten behaupten, daß diese politische Müdigkeit der Masse durch die unselige Republik hervorgerufen worden sei, die Nationalisten und die Progressisten meinen, der Bloc sei an allem diesem Unheil schuld. Ob wir aber eine Wandlung im Temperament annehmen oder den schlechten Einfluß des Parlamentarismus als Ursache betrachten, in jedem Falle ist das Phlegma breiter Schichten des souveränen Volkes in allen rein politischen Angelegenheiten auffallend. Der Durchschnittsbourgeois, insbesondere der sogenannte „kleine Mann“ haben weder Zeit noch Geld noch Lust, sich länger mit der Politik zu beschäftigen, als das Durchlesen ihres besondern Leibblattes fordert. Sich aus andern Quellen über die öffentlichen Dinge und über die Anschauungswelt des Gegners, der doch ihr Nachbar ist, zu unterrichten, fällt ihnen nicht ein. Gewiß gibt es viele Ausnahmen, besonders bei den Anhängern der vorgeschrittenen Parteien der Rechten und der äußersten Linken, aber es sind eben Ausnahmen; die große Masse der Bevölkerung zeigt nur dann politisches Leben, wenn die Zeitungsverkäufer auf der Straße Sonderausgaben der kleinen Presse ausbrüllen, und man daraus erfieht, daß irgend etwas los ist. Unter diesen Umständen hat auch die eigentliche politische Presse einen schweren Stand, und die unpolitischen Blätter, mit Bildern reich verziert und mit schauderhaften Unglücksfällen, Mordtaten, Skandalgeschichten, vor allem aber spaltenlangen Sportnachrichten und Abenteuern aus der Halbwelt gefüllt, sie machen glänzende Geschäfte und machen ihre millionenschweren Besitzer zu den eigentlichen Beherrschern der öffentlichen

Meinung. Solche Verhältnisse bieten entschieden große Vorteile: eine Bevölkerung mit matten politischen Interessen ist leicht lenksam und läßt sich von den herrschenden Männern viel bieten, wenn man sie nur mit allzu hohem Steuerdruck und mit Kriegslärm verschont und sie ungestört ihrer Tagesarbeit und ihren Vergnügungen nachgehen läßt. Aber die Gefahren sind doch auch sehr ernst. Gewiß ist die Abneigung gegen die Politik der Erhaltung der gegenwärtigen Verfassung zunächst günstig, und der Franzose ist in Wahrheit mindestens so sehr aus Bequemlichkeit wie aus Überzeugung Republikaner. Die Staatsform wird aber auch kein fester Bestandteil im Volksleben, und kommen die Massen einmal aus ihrer Alltagsstimmung heraus, so ist es nicht schwierig, sie für eine glänzende Persönlichkeit zu gewinnen. Hier liegt auch eine der wichtigsten Ursachen für die verhältnismäßig große Friedensliebe der Demokratie: ein Krieg würde mit allergrößter Wahrscheinlichkeit einen Staatsstreich bringen, sei es, daß sich ein siegender General eine Militärdiktatur anmaßt, sei es, daß die Regierungsform für eine Niederlage verantwortlich gemacht und beseitigt wird.

Die Ursachen für die Erschlaffung dieses einst politisch so leidenschaftlich empfindenden Volkes liegen auf verschiedenen Gebieten. Zunächst hat die fiebrige Überspannung der nationalen Kräfte in einer achtzig Jahre währenden, fast ununterbrochenen Revolution eine natürliche Ermüdung zur Folge. Es zeigt sich im großen, was nach dem Thermidor im kleinen zu beobachten war. Die heutige Gesellschaft ähnelt der des Direktoriums in ihrer Genußsucht und ihrer Neigung, alle wichtigsterische Politik zu verspotten, da man eingesehen hat, daß alle heroischen Krampfanfälle und alle Ueberlasse durch Guillotine und Kanonen doch nicht die Menschheit besser und glücklicher machen. Man hat aber auch gesehen, daß die Politik nicht nur ein nutzloses, sondern auch ein keineswegs sauberes Geschäft ist. Die Leute mit den donnernden Phrasen von Freiheit und Fortschritt wollen sich im Grunde genommen nur an der assiette au beurre der Regierung oder des Parlaments ihre Taschen füllen oder kleintliches Strebertum pflegen, ganz zu schweigen von den endlosen Skandalaffären, die für die dritte Republik charakteristisch sind, und die beweisen, daß in der politischen Welt die Herren mit tadellos weißer Wäsche keineswegs die Regel bilden. Diminutiv-Panamas bringt fast jedes Jahr, und wenn wir auch noch nicht so weit sind wie in der großen Dollarrepublik jenseits des großen Teichs, so weht doch auch in der französischen Politik eine Luft, die den Aufenthalt in ihr für wirkliche Aristokraten des Geistes und der Gesinnung wenig anziehend macht. Dazu kommt schließlich, daß die lange Zeit der unbeschränkten Herrschaft des Bloc einen parlamentarischen Absolutismus gefördert hat, der jede Opposition als unnütz und deshalb überflüssig erweist. Die Opposition aber macht erst das wahre politische Leben — die Opposition aus sachlichen Erwägungen; das haben die Engländer, die politischen Lehrmeister für uns alle, erkannt, und ohne die britische Schule als unfehlbar hinstellen zu wollen, kann man doch sagen, daß eine lebendige volkstümliche Politik nur da möglich ist, wo sich eine von patriotischen Gedanken geleitete Opposition frei regen kann. Das hat man in Frankreich trotz aller Rede- und Preßfreiheit übersehen, und daran krankt heute das Staatsleben.

Der Parlamentarismus ist in der Republik auf Abwege geraten und hat die breiten Schichten des Bürgertums und die besten Kreise der Gesellschaft von der Politik abgewandt; das souveräne Volk überläßt die Leitung seiner Geschicke Leuten, die keineswegs die Blüte der Nation sind. Das Bild wird aber noch trüber, wenn wir uns die Kreise betrachten, die sich für die Staatsangelegenheiten interessieren. Hier zeigt sich eine Zerrissenheit, die man im Auslande nur ahnt, wenn der Lärm aufsehenerregender Enthüllungen die Blicke darauf hinlenkt. Ob Dreyfus, ob Syveton, ob Panama oder Angeberei: wir haben immer dieselbe Erscheinung eines Volkes vor uns, das sich selbst mit unerhörter Erbitterung und schonungsloser Grausamkeit zerfleischt. Mit einer geradezu perversen Lust wühlt man in den eiternden Wunden des Volkskörpers, und kein Mensch hat das französische Volk je so gehaßt und es so beschimpft und ihm so viel Leides angetan wie die feindseligen Mächte, die sich in seinem Staatsleben breit machen und sich gegenseitig zu erwürgen suchen. Die dritte Republik begann mit den Verfassungskämpfen, in denen es in Wahrheit doch nur zwei Parteien gab, die Anhänger der Republik und die der monarchischen Staatsform; die Reste der sozialistischen Kommunemänner spielten keine ausschlaggebende Rolle. In diesen fünfunddreißig Jahren hat die Zersetzung der republikanischen Partei wahrhaft erschreckende Fortschritte gemacht. Die Macht ist von den Opportunisten der Gambettaschen Schule an die Radikalen, von den Radikalen an die Radikalsozialisten übergegangen, und heute versucht die revolutionäre Sozialdemokratie die bürgerliche äußerste Linke aus dem Sattel zu heben. Der den Genossen im Jahre 1905 kapitalistischer und reaktionärer Gesinnungen verdächtige Rouvier tauchte 1871 als Mann der roten Farbe auf; aber nicht Rouvier hat sich so sehr geändert in dieser Zeit, und auch nicht die wahren politischen Anschauungen des französischen Volkes, sondern die Schiebungen im Parteileben haben den Männern mehr Einfluß gegeben, die sich als Erben der 1871 niedergeschlagenen Revolution betrachten. Der Parlamentarismus hat sich nach links entwickelt, nicht das französische Volk, dessen Psychologie man im Spiegelbilde des parlamentarischen Lebens im Palais Bourbon kaum erkennen kann. Der Parlamentarismus hat die Neigung, sich zum Radikalismus und schließlich zum Umsturz weiter zu bilden, zum mindesten in einem Staate, der alle Überlieferungen und die organische Verbindung mit seiner Vergangenheit so jäh zerrissen hat wie der französische im Jahre 1793. Dieser törichte Bruch mit einer jahrtausendalten Geschichte und seine unseligen Folgen sollten für alle Zeiten eine Warnung sein für die Parteidoktrinäer, die nach ihren lebensfremden und ausgeklügelten Rechenexempeln ein neues Staatsleben improvisieren wollen und übersehen, daß man mit Menschen nicht so umspringen kann wie mit blutleeren Zahlen. Die Kraft Englands ist nicht die Verfassung an sich, sondern die Geschichte und die Traditionen dieses Parlaments, das in den Augen des Briten der unantastbare Mittelpunkt des Volks ist. Wer aber Königtum, Adel und die uralten Rechtsgewohnheiten der Städte abschaffen wollte, würde nach der Meinung des Engländer den selben Frevel begehn wie jemand, der das Haus der Gemeinen geringschätzig übersehen wollte. Wer in Wollack

und Lordmayorsprunk lächerlichen Pöppel sieht, hat nicht nur die Wurzeln der englischen Größe verkannt, sondern zeigt, daß er überhaupt keinen Blick hat für die unermessliche Bedeutung volkstümlicher Geschichte im Staatsleben. Wenn irgendwo, so sind hier die Imponderabilien der Politik zu erkennen, die nicht ungestraft verletzt werden. Das französische Volk ist in seinem Wesen trotz oder vielleicht gerade wegen seiner Liebe zur Freiheit durchaus konservativ, und auf dieses konservative Volk ist ein Parlament und eine Schicht von Berufs- und Geschäftspolitikern gepflanzt, die von einem verwegnen Neuerungsexperiment zum andern überspringen. Sogar die Departementsverwaltung ist bis heute ein künstliches Schema geblieben und hat in hundert- und zehn Jahren nichts weiter erreicht als das Verdorren der einem Fortschritt doch keineswegs im Wege stehenden kräftigen und lebensfähigen Provinzeigenschaft. Seit fünfunddreißig Jahren üben sich die maßgebenden Politiker in Angriffen auf das sich ruhig entwickelnde Volksleben und nehmen dabei die Reformer von 1793 als Muster. Die Jakobiner waren aber entschuldbarer, denn sie hatten keine Erfahrungen, unsre heutigen Radikalen zeigen dagegen, daß sie in mehr als hundert Jahren revolutionärer Geschichte nichts gelernt und nichts vergessen haben.

Diese Wurzellosigkeit der französischen Politik macht sie so schwankend, so widerspruchsvoll; sie führt von einem Extrem ins andre, heßt die Angehörigen des einen „brüderlichen“ Volkes durch endlose Umwälzungen in einen Parteihäß hinein, der fortwährend mit dem Gedanken des Staatsstreichs spielen läßt. Der Rationalist glaubt nicht nur, daß sich der Radikale in seinen politischen Überzeugungen irrt, sondern hält ihn auch für einen ausgemachten Schurken, der zu allen Verbrechen fähig und der vom Landesfeinde bestochen ist. Siehe die Fälle Dreyfus und Syveton. Der Blocmann erwidert diesen Haß und sieht im Progressisten und Konservativen eine Kreatur der bonapartistischen oder orleanistischen Prätendenten. Der eine Franzose versteht den andern nicht mehr, und eine zügellose Presse gießt fortwährend Öl in das Feuer dieses latenten Bürgerkriegs. Man sollte meinen, daß die Krise vor sechs bis acht Jahren die Geschäftspolitik zur Einsicht gebracht hätte, und Reden genug sind wahrlich in den letzten Jahren gehalten worden über die Eintracht und die Versöhnung aller Franzosen. Erfolge haben sie aber nicht gehabt, und seit Combes an Stelle der „republikanischen Verteidigung“ Waldeck-Roussenaus den republikanischen Angriff verkündet hat, sind wir hier so langsam an den Rand einer völligen Anarchie geraten, und kein Mensch weiß, wann die Stunde der Rettung schlagen wird. Rouvier ist zwar theoretisch ein Anhänger der „erweiterten Mehrheit“, wie sein Schlagwort lautet, in der Praxis ist er es aber gerade gewesen, der auf dem Gebiete der Gesetzgebung die combistischen Reformen zum Siege geführt hat, wenn er auch in der Verwaltung liberalere Bahnen einschlägt.

Mit diesen Stimmungen und dieser Kräfteverteilung im Volk und im Parlament treten wir in die Wahlbewegung ein. Sie wird — wenn wir alles Persönliche zur Seite lassen — von zwei Fragen beherrscht, die als Frucht der Ära Waldeck-RoussEAU — Combes — Rouvier betrachtet werden müssen: der Trennung von Staat und Kirche, die neben der Kirchenpolitik auch die Schul-

politik beeinflusst, und dem Streit um den Patriotismus, der mit den Gewerkschafts- und Streikfragen eng zusammenhängt. Wir werden sehen, in welcher Verbindung die kirchenfeindliche Bewegung mit der sozialrevolutionären Auflehnung gegen Staatsordnung und Vaterlandsliebe steht.

Die Trennung von Staat und Kirche wird mit dem 1. Januar 1906 durchgeführt, nachdem sie in beiden Häusern des Parlaments mit großer Mehrheit beschlossen worden ist. Da aber bei den letzten Wahlen die Frage einer etwaigen Kündigung des Konkordats noch keine Rolle spielte, so ist dieses neue Gesetz in Wahrheit ein Abkommen der parlamentarischen Mehrheitsparteien, bei dem die Ansicht des Volkes gar nicht zur Geltung gekommen ist. Das Volk wird erst in den nächsten Monaten sprechen, nachdem die neue Kirchenverfassung schon in Kraft gesetzt ist. Dieses Verfahren der Blocmehrheit ist weder konstitutionell noch vornehm, es ist vor allem ein Schlag ins Gesicht der Volkssouveränität, über den sich freilich unsere demokratischen Zionswächter keineswegs aufregen, da er ja ihren Parteiinteressen dient. Ein klassisches Beispiel des Parlamentarismus, wie er nicht sein soll. Freund und Feind erwarten das Urteil der Wähler mit Spannung und wollen in der Volksstimme die Weisung auch für die zukünftige Politik Frankreichs sehen. Die Radikalen fürchteten, die Rechte erhoffte bisher eine gewaltige Erregung im Volk gegen diesen eigenmächtigen Bruch mit der bisherigen Kirchenpolitik. Beide Teile haben sich geirrt, weil sie dieses Volk, von dem sie immer reden, in Wahrheit gar nicht kennen. Man ist auch in kirchlichen Kreisen verhältnismäßig ruhig geblieben, und in der Provinz ist von Erregung nichts zu spüren. Wir glauben auch, daß sich das Bild nicht wesentlich verändern wird, wenn sich die Folgen des Gesetzes in den kleinen Gemeinden fühlbar machen werden; über ein paar Bauernzusammenrottungen in der Bretagne und der Vendée wird es nicht hinauskommen. Bisher haben die Pessimisten Recht behalten, die mit der völligen Gleichgiltigkeit des französischen Volks in kirchlichen Fragen rechneten, und die eine Wiedergeburt christlichen und besonders katholischen Lebens in der Republik einstweilen für ausgeschlossen halten. Für die große Mehrheit des sich zur Kirche haltenden Volks sind die gottesdienstlichen Handlungen äußerliche Formeln, die es beibehält wie andre, altüberkommene Bräuche, die ihm aber nicht unwiderstehliches Bedürfnis eines überquellenden, innern religiösen Lebens sind. Kosten sie ihm große Opfer, wird es auch ohne sie fertig zu werden suchen. Von einem Aufstand in heiliger Begeisterung für das Kreuz, wie er vor hundert Jahren möglich war, ist bei den heutigen zweifelstüchtigen, kühlen Franzosen keine Rede. Die wahrhaft Gläubigen werden sich inniger als bisher um die Altäre scharen, die Gemeinden werden an eifrigem, lebendigem Wirken gewinnen, was sie an Ausdehnung verlieren. Die Zahl der Priester wird kleiner aber erlesener werden, und die Kirche wird ohne Frage die Krise siegreich überwinden, die sie jetzt durchzumachen hat, wird sogar an Anziehungskraft auf viele Schwankende zunehmen. Das ändert alles aber nichts an der Tatsache, daß die französische Nation in diesem Falle dasselbe Bild wie das französische Parlament zeigen wird: sie wird in den Wahlen die Trennung von der Kirche gutheißen, ohne freilich auch den blöden Verfolgungszeifer gegen das Christentum zu teilen, durch den sich Renegaten

wie Combes, Lecomte oder Charbonnel und Jakobiner wie Allard und Baillant auszeichnen. Man darf nicht übersehen, daß sich das neue Gesetz in der jetzigen Form vorteilhaft von dem ursprünglichen Entwurf unterscheidet, und daß es der Kirche Licht und Luft zum Leben läßt, ja in vielen Beziehungen Vorzüge vor dem der Kirche grundsätzlich gar nicht günstigen Konkordat aufweist. Das Schlimmste ist die Entziehung des Kultusbudgets, auf das die Kirche ein unbestreitbares Unrecht aus der Säkularisierung der Kirchengüter hatte.

Wie dieser Finanznot abzuhelpen sein wird, das ist die wichtigste Frage für die neuen kirchlichen Verwaltungsorgane. Bisher ist keine Antwort gefunden worden, und man kann nur das eine sagen, daß ein völliger Ersatz des allmählich wegfallenden, etwa vierzig Millionen betragenden jährlichen Staatsbeitrags überhaupt nicht möglich sein wird. Daß Papst Pius schließlich den neuen Zustand der Dinge genehmigen und keine kanonischen Bedenken gegen die „Kultvereine“ erheben wird, halten wir für wahrscheinlich, da eine Verurteilung der neuen Kirchenverfassung nur dem Katholizismus schaden könnte. Wir glauben sogar, daß die vatikanische Politik zu allem eher als zu ultramontaner „Scharfmacherei“ neigen wird; die Kurie wird die so unfreundliche Republik im Gegenteil durch Nachgiebigkeit zu gewinnen suchen, um nicht den Heißspornen der Linken ersuchte Gelegenheit zu weitem Kulturkampfexperimenten zu geben. Dieses Verhalten wird um so empfehlenswerter sein, als das neue Gesetz sehr weitmaßig und dehnbar ist und eine wahrhaft liberale Auslegung in den wichtigsten Punkten ebenso erlaubt wie eine intolerante. Die Ausführungsverordnungen, die demnächst zu erwarten sind, werden erst die Farbe in die Skizze des Gesetzes bringen. Das letzte Wort über die kirchenpolitische Reform wird erst zu sprechen sein, wenn wir sie in der Praxis beobachtet haben, und zwar nicht nach wenig Wochen, sondern erst nach Jahren.

Über das Gesetz selbst ist so viel geschrieben und gesprochen worden, daß wir uns hier ein näheres Eingehn auf seine Bestimmungen ersparen können. Die wichtigste Seite der Streitfrage für uns ist, daß bisher in keiner Weise der Nachweis geführt worden ist, daß die Beseitigung des Konkordats und eine Revolution in der Kirchenpolitik notwendig war, und daß also die ganze Separation nichts weiter ist als eine Heldentat des doktrinären Radikalismus, der einem theoretischen Parteigrundsatz zuliebe die wahren Bedürfnisse des Volkslebens verkennt und der Nation Beglückungen aufnötigt, von der sie gar nichts wissen will. Gegen das *Quia non movere* wird von dem extremen Liberalismus immer wieder gesündigt — und zwar nicht nur in Frankreich. Einstweilen bedeutet jedenfalls die Separation einen Sieg der äußersten Linken, die allmählich die widerstrebende Mehrheit im Parlament und die Regierung unterjocht hat. Dieser Sieg hat eine neue Spaltung im Volke zur Folge und entfremdet die Volksgenossen in neuen Fehden.

Die Sieger waren aber auch unter sich keineswegs einig, und nur der Haß gegen Kirche und Christentum führte sie zusammen. Wir erleben jetzt das alte Schauspiel, daß sich die Verbündeten nach dem Siege noch auf dem Schlachtfelde entzweien. Für die Radikalen ist der Kampf gegen die Kirche das A und O aller wahrhaft republikanischen Politik. Ist der Pfaffe be-

seitigt, kann das goldne Zeitalter freien Menschentums anfangen. Diese Beschränktheit ist vielleicht aus dem furchtbaren Druck zu erklären, der jahrhundertlang durch die Bigotterie der letzten Könige auf dem Lande gelastet und jede Gewissensfreiheit erstickt hat. Nun ist aber seit Jahrzehnten jeder Einfluß der Kirche auf staatliche Angelegenheiten vernichtet, und die Furcht vor der Herrschaft der Geistlichkeit muß lächerlich in einer Republik erscheinen, in deren antlicher Sprache der Name Gottes unbekannt ist. Der Radikalismus hatte aber nur zwei Programmpunkte: den verfassungsmäßigen Ausbau der Demokratie und den Kulturkampf. Seit die bürgerliche Linke zur Alleinherrschaft gekommen ist, will sie von einer weitem Ausdehnung der Volksrechte nichts mehr wissen, und Männer wie Combes und Pelletan haben mit einer anmaßenden Selbstherrlichkeit regiert, die jedem gemäßigten Ministerium das Genick gebrochen hätte. Es bleibt nur der ewige Rehrhein von der geistigen Befreiung der Nation und der Abschüttlung des sagenhaften Jochs der Kirche. Die Fortsetzung der Hege gegen alles Kirchtum ist Lebensfrage für den französischen Radikalismus, sonst bricht er aus Mangel an fruchtbaren politischen Gedanken zusammen. Das sah Combes sehr wohl ein, und er hütete sich, die Trennung von Staat und Kirche zu überstürzen, zumal da er wußte, daß die Feindseligkeit gegen die Religion das einzige Band war, das den Bloc, die Grundlage seiner Herrschaft, zusammenhielt.

Für die Sozialdemokratie ist der Kulturkampf nie Selbstzweck gewesen. Für die Genossen ist die Kirche ein so veraltetes Gerümpel, daß sie mit seiner Entfernung nicht viel Federlesens machen und nicht verstehen, weshalb man sich mit solchem Pathos deshalb erhitzt. Sie wollen die Menschheit von allen Autoritäten, von allen Fesseln befreien, und der Vernichtungskrieg, den sie führen, gilt dem Fonctionnaire, dem Kapitalisten, dem Grundbesitzer, der Armee und dem Vaterland ebenso wie dem blauen Dunst des Kirchenglaubens, der die Abhängigkeit der Dummen vom Gewissen und andern transzendentalen Mächten begründet. Diese weitere Reise nach dem Zukunftsstaat wollen die hiedern radikalen Bourgeois aber nicht mitmachen und sagen den Sozialisten die Gefolgschaft auf, wo diese nun nach der Kirche auch das Vaterland, die Familie und das Eigentum abschaffen wollen. Die Genossen ihrerseits, um die Leute nicht kopfscheu zu machen, stellen die Vernichtung der Familie und des Eigentums in die Vorratskammer zurück und tragen als nächsten Gang ihres politischen Gastmahls den „Antipatriotismus“ auf, nachdem man mit dem Hors d'œuvre der Pfaffenfresserei den Appetit gehörig gereizt hat. Den Radikalen schmeckt aber das neue Gericht nicht, und nachdem sich zuerst vereinzelte Tischgenossen wie Goblet entfernt haben, bricht der größte Teil der Parteifreunde auf, um von den Sans-patrie nicht angesteckt zu werden, und um daheim nach dem Geldschrank zu sehen, denn dem soll es nach dem Vaterlande an den Kragen gehn.

(Schluß folgt)

